

Pressemitteilung

Immobilienwirtschaft zum Haushaltsentwurf 2025: „Die Versorgung mit Wohnraum ist Deutschlands soziale Frage mit Top-Priorität, wir werden hier noch deutlich mehr schaffen müssen“

Berlin, 17.07.2024 – Die Immobilienwirtschaft sieht im Etatentwurf 2025 wichtige Signale für den Wohnungsbau. Die Branche mahnt zugleich Bund wie Länder an, dem Thema auch künftig höchste Bedeutung beizumessen. „Dieser Haushaltsentwurf zeigt, dass der Bund den **Wohnungsbau** ernst nimmt. Wir dürfen aber auf keinen Fall in einen Routine-Modus verfallen“, kommentiert ZIA-Präsidentin Iris Schöberl die heutige Entscheidung des Kabinetts. Die Lücke sei weiter riesig. „Die Versorgung mit Wohnraum ist die soziale Frage mit Top-Priorität.“ Schöberl fügt hinzu: „Es ist scheinbar noch immer nicht in allen Köpfen angekommen, dass Bauen, Bauen, Bauen das Rezept ist, auf das es jetzt ankommt.“

Der ZIA beziffert die Neubaulücke aktuell auf 600.000 Wohnungen und warnt, dass die Zahl ohne Extra-Anstrengungen auf bis zu 830.000 Wohnungen im Jahr 2027 steigen könnte.

Iris Schöberl zeigt sich auch angetan von den Plänen für die **Städtebauförderung**. „Damit die Citys in Deutschland wieder richtig nach vorn kommen, ist es jetzt total wichtig, dass die Länder bei der Kofinanzierung nun auch ihren Beitrag leisten“, betont die ZIA-Präsidentin. Die Städtebauförderung des Bundes soll dem Entwurf zufolge wieder mit 790 Millionen ausgestattet werden. Für sozialen Wohnungsbau sind 2025 etwa 3,5 Milliarden Euro an Programmmitteln vorgesehen, fürs neue Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment – Wohngebäude mit kleinen bis mittleren Einheiten“ werden gut 1,6 Milliarden Euro veranschlagt. Das Bundesbauministerium soll 2025 insgesamt etwa zehn Prozent mehr Geld erhalten.

Weiterer Schlüsselpunkt aus Sicht der Branche: Sie hält es für essenziell, dass Deutschlands Antworten auf den Klimawandel politisch und finanziell stark abgefedert werden. „Wir begrüßen, dass der **Klima- und Transformationsfonds** (KTF) ein zentrales Finanzierungselement bleibt“, sagt Schöberl. „Es kommt jetzt darauf an, dass die bisherigen Klima-Förderprogramme erhalten werden – auch im Umfang.“ Hintergrund: Dieses Geld kommt vor allem aus dem Emissionshandel und wird als Sondervermögen geführt.

Der ZIA wird diese Punkte in den nächsten Wochen verschärft im Blick behalten. „Wir gehen davon aus, dass die Ampel aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und der Wirtschaft Fördertöpfe nicht als Überraschungseier anbietet“, erklärt Iris Schöberl.

Mit Blick auf den Kabinettsbeschluss zur Umsetzung **der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)** unterstützt der ZIA den Ansatz, dass an vielen Stellen nicht über das Mindestmaß der EU-Vorgaben hinaus gegangen wird: Dies begrenzt den bürokratischen Aufwand und ermöglicht eine europäische Vergleichbarkeit.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 33 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de

ZIA
DIE IMMOBILIENWIRTSCHAFT

**IMMOBILIENWIRTSCHAFTLICHE
HERBSTKONFERENZ 2024**

25. September 2024
ESMT School | Berlin

CORENET
GLOBAL | Central Europe
Chapter

TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT